

# Der Zeitungs-Arbeiter

Verzinkt seid ihr nichts - Verzinkt alles!

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magasinstraße 6/7 II - Fernspr.: Königsplatz 1076 - Postfachkonto Berlin 5386 - Die Zeitung erscheint jeden Freitag

Ausgaben die sechsgefallene Kleinzeile 15 Mark  
Anzeigen und Verbandsgelder sind an Otto Zehm 4, Berlin D 27, Magasinstraße 6/7 II, zu richten - Bezug nur durch die Post  
Preis vierteljährlich 9 Mark und Bestellgeld

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

**Inhalt:** Die Aussperrung in Schlessen. - Arbeitszeit und Arbeitslohn in Sachsen. - Angriff auf den Achtstundentag in Frankreich. - Zum Gesundheitsstand der arbeitenden Bevölkerung. - Die Lohnsteuer. - Gewerkschaftsangelegenheiten ein- und jetzt. - Unterrichtsstufe für Arbeiter. - Aus den Gewerkschaften. - Aus der Textilindustrie. - Soziale Rundschau. - Wirtschaftliches. - Berichte aus Fachkreisen. - Literatur. - Bekanntmachungen. - Anzeigen. - Unterhaltungsteil: Wie schützen wir uns in Haus und Beruf vor ansteckenden Krankheiten? (1. Forts.)

## Zur Aussperrung in Schlessen!

Rundum in der Textilindustrie ist ein heftiger Kampf entbrannt, der in seiner Bedeutung weit über die Grenzen des Reiches hinaus Beachtung findet und die schaffenden Proletarier darauf hinweist, daß der Ausbruch schwerer Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit begonnen hat, welcher das deutsche Wirtschaftsleben und den Wiederaufbau Deutschlands stark beeinflussen muß. Der Kampf in der Textilindustrie ist ein vom Textilkapital gewollter und organisierter. Wie wir bereits in unsern Weihnachtsartikeln geschrieben, sind die Unternehmer zur Offensive übergegangen und beantworteten örtliche Streiks, die aus der Not der Gegenwart, welche die Arbeiterschaft schwer bedrückt, herausgewachsen sind, mit dem alten brutalen Kampfmittel der Aussperrung. Das Textilkapital hat die Hülfe, mit der es die ihm innewohnende Strupplosigkeit zu verdecken glaubte, fallen lassen. Es hat nichts mehr zu verbergen. Die an der Schürung des Weltkrieges Beteiligten, die mit dem an der Menschheit verübten großen Verbrechen Belasteten haben freilich keine Ursache mehr, ihr wahres Gesicht zu verdecken. Es geht dem Kapital wie dem Verbrecher, der sich letzten Endes noch seiner Taten rühmt. Jeder, der mit offenen Augen die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Kämpfe verfolgt, die Stellung der Unternehmer zur Reparationsfrage, die Forderung auf Entstaatlichung der Eisenbahnen, den Widerstand gegen die Erfassung der Sachwerte, der wird erkennen, daß diese wirtschaftlichen Kämpfe, die gegenwärtig vom Unternehmertum provoziert werden, politischen Mächten dienen sollen.

Die Arbeiterschaft, die durch die Gewerkschaften immerhin auf die Befehlsgebung einigen Einfluß auszuüben vermag, ist in große Kämpfe verwickelt und schwach gemacht worden. Ist dieses Ziel wirtschaftlich erreicht, dann läßt sich das Weitere auf politischem Wege um so leichter betreiben, was der unbefruchteten Herrschaft des Kapitals noch im Wege steht. Aus den Staatsbürgern der „freiesten Demokratie der Welt“ sollen wirtschaftlich und politisch unterworfenen Sklaven gemacht werden, über die die Vertreter des Kapitals die Fronpolitik schwingen.

Daß es dem Unternehmertum lediglich auf die Erreichung politischer Machtziele ankommt, dies zeigt, mit welcher Frivolität die Unternehmer in Schlessen die Aussperrung der Textilarbeiter durchführten, und anderwärts die Unternehmer durch ihre Organisation Aussperrungen androhten. Lediglich deshalb, um der Mittelwelt vorzudemonstrieren, daß die Fiescher von heute, und wie sie sonst heißen, ebenso gut den Namen Zwanziger aus den vierzig Jahren des vorigen Jahrhunderts tragen könnten, der ja in der Geschichte Schlessens besonders eingraviert ist, deshalb haben die Unternehmer dort nicht ausgesperrt. Dies haben sie ja auch gar nicht nötig. In der gesamten Textilindustrie ist bekannt, daß die schlesischen Textilindustriellen die niedrigsten Löhne in der Textilindustrie Deutschlands zahlen. Den alten „Stern“ der Zwanziger haben die schlesischen Textilindustriellen bis heute noch nicht erlassen lassen.

Die Unternehmerpresse hat in der letzten Zeit Erstaunliches in der Beschimpfung der Arbeiterschaft geleistet, wenn sie zum Streik griff, um ihr Lebensrecht zu verteidigen. Die Unternehmerpresse hat jeden Streik als eine unverantwortliche Handlung bezeichnet, weil er angeblich den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens gefährdete. Jetzt, wo das Unternehmertum zum Angriff übergegangen ist, findet es nichts besonderes daran, wenn die Unternehmer die Arbeiterschaft aussperrten. Es hat sich auch bis jetzt kein Staatsmann gefunden, der die Handlungsweise der Unternehmer verurteilte, den Arbeitern aber tief man feinerzeit entgegen, „man wolle ihnen die Knochen entzwei schlagen“.

Für die Ablehnung der Forderungen der Arbeiterschaft können die Unternehmer, namentlich in Schlessen, stichhaltige Gründe nicht anführen. Wie schon bemerkt, zahlen sie die niedrigsten Löhne in der Textilindustrie Deutschlands, und die Unternehmer anderer Bezirke berufen sich bei Lohnverhandlungen auf die schlesische Kon-

kurrenz, die ihnen nicht gestatte, die Löhne in gewünschter Weise zu erhöhen.

Zum anderen sind aber die märchenhaften Gewinne in der Textilindustrie hinreichend bekannt. Gemessen an diesen Gewinnen der Textilindustrie, können die Unternehmer weit höhere Löhne bewilligen. Hinzu kommt aber noch, daß die Unternehmer die Halbfertig- und Fertigfabrikate zu so niedrigen Preisen auf den Weltmarkt werfen, daß die deutsche Konkurrenz als die schlimmste Schmutzkonturrenz in der ganzen Welt verlästert ist. Es bleiben also keine anderen Gründe für die Aussperrung übrig, als jene, die von uns eingangs dieser Betrachtung genannt wurden: Erstrebung politischer Machtziele, die in ihrem Endergebnis auf die Ausplünderung und die Auspowerng der breiten Volksmassen hinauslaufen.

Die Unternehmer in Schlessen und auch anderwärts, glauben in dem sogenannten „Soziallohn“ die Formel gefunden zu haben, mittels welcher sie die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft abzurufen können. Sie sind bereit, einen Soziallohn einzuführen, der diejenigen, die für Angehörige zu sorgen haben, etwas besser stellt, als die übrigen Arbeiter.

Ein Unternehmeranwalt aus einem anderen Bezirk sagt in einem Schreiben an den Schlichtungsausschuß zur Begründung des „Soziallohnes“ folgendes: „Die Einkünfte alleinstehender auf sich angewiesener Arbeiter übersteigen zu einem sehr beträchtlichen Betrage das sogenannte Existenzminimum. Es würde durch gleichmäßige Lohnerhöhung für alle Arbeiter ohne Unterschied nur auf der einen Seite weiterer Ueberfluß zu bereits vorhandenem Ueberfluß gehäuft, während Arbeiter mit mehreren unversorgten Kindern nicht in der Weise geholfen würde, wie es ihnen zukommt Nicht gleiche Arbeit, gleicher Lohn, sondern gleiche Arbeit, gleiche Lebensmöglichkeit.“

Dieser Unternehmeranwalt sagt klipp und klar, daß die Arbeiterschaft nur mit einem Existenzminimum abgefunden werden soll. Wir müssen uns aus vielerlei Gründen hiergegen wenden. Der Arbeiter hat ein Anrecht darauf, daß ihm mehr gegeben wird, als ein bloßes Existenzminimum. Er hat einen Anspruch auf einen Lohn, der ihm das Leben lebenswert gestaltet. Wenn es so käme, wie es der Unternehmeranwalt in seinen Ausführungen an den Schlichtungsausschuß darlegt, dann hätte der Arbeiter nur Anspruch auf einen Lohn, der gerade ausreicht, ihm das Mindestmaß von Kraft zu erheben, um im Arbeitsprozeß wieder neue Arbeitskraft hergeben zu können. So stehen denn die Dinge nicht, sondern der Arbeiter muß über das Existenzminimum hinaus verdienen, weil er als Mensch auch eine ganze Reihe kultureller Bedürfnisse zu bedenken in der Lage sein muß. Wir können dem Unternehmeranwalt danken, daß er in einer solchen Offenheit ausgesprochen hat, worauf die Unternehmer bei der Propagierung des Soziallohnes hinielen. Die bürgerlichen Sozialreformer, die zur Zeit ebenfalls der Einführung des Soziallohnes das Wort reden, werden daran schon erkennen, daß das Unternehmertum hinter diesem Wort „Soziallohn“ keine Ausbeuterinteressen zu fördern sucht.

Wir können auch der Formel: „Nicht gleiche Arbeit, gleicher Lohn, sondern gleiche Arbeit, gleiche Lebensmöglichkeiten“ nicht zustimmen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der junge ledige Arbeiter gezwungen ist, Rücklagen zu machen, für die Gründung eines späteren eigenen Hausstandes, aber auch nach der anderen Richtung hin ist es notwendig, daß man dem jungen Arbeiter Gelegenheit gibt, sich für sein zukünftiges Leben vorzubilden zu können. Dies erfordert ebenfalls erhebliche Mittel. Ebenfalls ist zu beachten, daß der ledige Arbeiter bedeutend höhere Ausgaben hat, da er zum Teil auf das Gasthausleben angewiesen ist. Nun kommt aber andererseits in Betracht, daß die jugendlichen Arbeiter bereits schon nach den gegenwärtigen Lohnverhältnissen entlohnt werden, als die älteren Arbeiter. Die Tarife der Textilindustrie enthalten schon in dem gegenwärtigen Aufbau gewissermaßen eine Einstellung, die den Wünschen derjenigen, die dem Soziallohn das Wort reden, weit entgegenkommen, wenn auch tatsächlich die Lohnunterschiede in der verschiedenen Arbeitstätigkeit ihre Begründung finden.

Wie der Soziallohn wirkt, darüber hat uns unser Kollege Vater in München-Gladbach ein treffendes Beispiel geliefert. Er berechnet, daß in dem dortigen Bezirk, der 30 000 Textilarbeiterinnen und -arbeiter umfaßt, 5000 Arbeiter, die etwa 16 000 unterhaltungsbedürftige Angehörige haben, die auf die Familienzulage Anrecht hätten, dieselbe beziehen würden. Das sind 16 000 x 3 M., das ergibt 48 000 Mark pro Tag oder pro Woche 288 000 Mark, die im Umlageverfahren von der Lohnsumme der 30 000 Arbeiter gedeckt werden. Im Durchschnitt 288 000 : 5000 gleich 57,60 Mark pro Woche auf den einzelnen Bezahler, auf die Gesamtheit umgelegt

288 000 Mark : 30 000, gleich 9,60 Mark pro Woche auf den einzelnen Arbeiter, also pro Stunde 20 Pfennige Lohnzulage. Aus diesem Beispiel ergibt sich recht deutlich, daß die Unternehmer durch die Einführung der Sozialzulagen lediglich ihren Interessen dienen wollen. Wir haben dies letztere deshalb angeführt, weil wir glauben, daß die schlesischen Textilindustriellen in ihren Ansichten konform mit denen der Textilarbeiter in München-Gladbach gehen. Es zeigt dies, daß die Arbeiterschaft allen Grund hat, die Sozialzulagen abzuweisen. Sie ist verpöblicht, mehr als bisher, für eine ausreichende Erhöhung der Löhne einzutreten. Gerade seit November ist die Teuerungswelle ganz gewaltig aufwärts gestiegen. Die Arbeiterschaft muß hierfür einen Ausgleich suchen. Die Unternehmer der Textilindustrie haben eine Verständigung hierüber abgelehnt und in der Aussperrung das geeignete Mittel erblickt, die Forderungen der Arbeiterschaft abzuwürgen.

Es liegt nunmehr an der Arbeiterschaft, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß die Pläne der Unternehmer zu Stande kommen werden.

Man schreibt uns aus dem Kampfgebiet: Die von der Unternehmerorganisation, dem „Verband schlesischer Textilindustrieller“ E. V., am Weihnachtsabend inszenierte Aussperrung von 20 000 Textilarbeitern und -arbeiterinnen dauert unverändert fort.

Herr Regierungspräsident Dr. Jänike-Breslau hatte anlässlich einer von ihm angeregten Besprechung von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern im Rathaus zu Reichenbach i. Schl. die letzteren veranlaßt, eine Hauptversammlung des Verbandes schlesischer Textilindustrieller einzuberufen, um evtl. eine neue Basis zur Beilegung des Konfliktes zu finden.

Diese Hauptversammlung hat nunmehr stattgefunden und hat unter Zustimmung von Vertretern aller Bezirke Schlessens beschlossen, keinerlei Konzessionen an die Streikenden bzw. Aussperrten zu machen.

Mit diesem Beschluß ist die Beendigung der das ganze Wirtschaftsleben schwer schädigenden Aussperrung in weite Ferne gerückt. Wohl soll es auch auf der Hauptversammlung nicht an vernünftigen Stimmen gefehlt haben, soll sich doch, nach uns zugegangenen Meldungen folgendes interessante Intermezzo abgespielt haben:

Ein mittlerer Webermeister hat sich dafür ausgesprochen, daß man sich doch den Arbeitern, angeichts der großen Teuerung, entgegenkommend zeigen sollte. Er fügte hinzu: „Meine Herren! Wir können es doch, wir haben doch gut verdient und verdienen noch!“

Darauf erwiderte der gestrenge Vorstehende, Herr Willi Meißner-Reichenbach: „Aber lieber Freund! Sie sind hier falsch orientiert. Wenn Sie so für die Arbeiter eintreten, dann hätten Sie sich im Deutschen Textilarbeiterverbande organisieren sollen!“

Das sagt ein Unternehmer dem andern. Wir quittieren dankend für dieses ungewollte, aber kostbare Eingeständnis, daß der Deutsche Textilarbeiterverband damit als die wirksamste Interessenvertretung der Textilarbeiter auch von den Unternehmern anerkannt worden ist.

Alles das läßt jedoch darauf schließen, daß der gigantische Kampf mit unverminderter Schärfe weitergeführt werden wird.

Verhandlungen sind vorläufig somit nicht in Aussicht genommen. Daß die Unternehmer weitere Zugeständnisse machen können, wenn sie den guten Willen zeigen würden, beweisen doch die oft- und weithinbekannten Textilindustriellen, die ursprünglich bei den letzten Lohnverhandlungen nur deshalb keine Zugeständnisse machen zu können glaubten, weil die schlesische Konkurrenz mit ihren weit niedrigeren Löhnen dies verbiete.

Die Stimmung der ausgesperrten Arbeiterschaft, der sich die Handwerkergruppen als Streikende angegeschlossen haben, ist vorzüglich. Hoffentlich kehrt bei den Unternehmern die bessere Einsicht ein, und sie versuchen unter Preisgabe ihres bisherigen Standpunktes am Verhandlungstische den Riesenkampf beizulegen.

## Arbeitszeit und Arbeitslohn in Sachsen.

Von Dr. R. Kuczynski.

(Nachdruck verboten.)

Das Statistische Reichsamt hat für den Februar 1920 im Einvernehmen mit der Zentralarbeitsgemeinschaft eine allgemeine Lohn- und Gehaltshebung durchgeführt. Die Erhebung sollte ursprünglich alle paar Monate wiederholt werden. Da aber zahlreiche Arbeitgeber die Ausfüllung der Fragebogen ablehnten

## Wie schützen wir uns in Haus und Beruf vor ansteckenden Krankheiten?

(1. Forts.)

Von Dr. G. Wolff.

Trotzdem seit der bakteriologischen Ära der medizinischen Wissenschaft immer neue Heilsera und Schutzimpfungen erfunden worden sind, zum Teil gute, zum Teil schlechte, nur der Ruhmsucht oder dem Geldbeutel dienende, können wir längst nicht alle Infektionskrankheiten auf diese Weise verhüten oder behandeln. Zahlreiche andere Wege müssen noch dazu dienen, die Gefahr, die der Volksgesundheit durch die ansteckenden Krankheiten droht, zu vermindern. Die Krankheitserreger selbst zu vernichten, sie im Körper des Menschen, in den sie einmal eingedrungen sind, zu töten, ist das Bestreben Ehrlich's gewesen, der durch seine chemotherapeutischen Versuche bahnbrechend gewirkt hat. Durch die Entdeckung des Salvarsans ist nicht nur die Syphilis, sondern sind auch andere Krankheiten des Menschen, wie Rückfallfieber und Frambösie, ferner Tierkrankheiten, wie die Brustseuche des Pferdes, heilbar geworden. Dieser Großtat der medizinischen Wissenschaft werden wir Dank sollen müssen, auch wenn sich die kühnsten Erwartungen des Entdeckers nicht erfüllt haben. Ein ähnlicher Weg wird schon seit vielen Jahren in der großartigen Bekämpfung der Malaria beschritten, die in den südlichen Ländern von allen Infektionskrankheiten das größte hygienische Interesse beansprucht. Die Erreger des Wechselfiebers, die Malaria plasmodien, werden durch das aus der Chinazinde gewonnene Chinin in noch bei sehr starker Verdünnung abgetötet. Darauf beruht die in allen Ländern der Erde eingeführte Heilbehandlung der Malaria mit Chinin. Leider besitzen wir solcher Heilmittel, die den Krankheitserreger töten, ohne dem Menschen zu schaden, nur sehr wenige.

Wirksamlos sind unsere Heilversuche bisher dem Fleckfieber gegenüber gewesen, jener akuten Infektionskrankheit, die durch den Krieg in einer Weise die östlichen und südöstlichen Länder Europas (Rußland, Rumänien, Serbien, Türkei) heimgesucht hat, wie man es seit langem nicht mehr kannte. In Deutschland war die Krankheit der jetzigen Generation fast unbekannt. Das Fleckfieber, auch Flecktyphus oder Hungertyphus genannt, ist die Krankheit des menschlichen Glends. Wo Hungersnot und Unsauberkeit herrschen, breitet sich das Fleckfieber aus. Denn, wie die großen Erfahrungen

des Weltkrieges gelehrt haben, wird die Krankheit ausschließlich durch Läuse übertragen. Wo keine Läuse vorhanden sind, da gibt es auch kein Fleckfieber; darum ist es in den Ländern mit höher entwickelter geistiger und hygienischer Kultur ausgestorben, während es in Rußland, auf dem Balkan, in Kleinasien, in Nordafrika, in Mexiko schon vor dem Kriege heimisch war.

Der Kampf gegen das Fleckfieber richtet sich nicht unmittelbar gegen die Krankheitserreger, die uns ihrem Wesen nach noch nicht völlig bekannt sind, sondern gegen die Läuse, die als Zwischenwirte des Krankheitsgiftes die Infektion von einem Menschen auf den andern übertragen. Die Fleckfieberkranken selbst sind nicht ansteckend in dem Sinne, daß sie unmittelbar die Krankheit auf andere Menschen verbreiten. Darin hat das Fleckfieber eine gewisse Ähnlichkeit mit der Malaria, die gleichfalls nur durch Zwischenwirte, die Anophelesmücken, von einem Menschen auf den andern übertragen wird. Nur in deren Organismus können sich die Malariaerreger weiter entwickeln und vermehren. Ganz ähnlich beim Fleckfieber. Nur die Laus, vorwiegend die Kleiderlaus, vermag das Krankheitsgift zu züchten und weiterzuerbreiten. Andere blutsaugende Insekten, wie Wanzen und Flöhe, haben diese Fähigkeit nicht. Hier liegen biologische Feinheiten vor, in deren Rätsel die Wissenschaft noch nicht eingedrungen ist.

Die Tatsache daß nur die Läuse das Fleckfieber verbreiten, erlaubt die Maßnahmen, die so erfolgreich zur Unterdrückung der Krankheit geführt haben. Ueberall da, wo eine gründliche Entlausung durchgeführt werden konnte, ist die Seuche ausgestorben. Deshalb hat sie während des Krieges infolge der sorgfältigen Ueberwachung der Grenzen nicht nach Deutschland eingeschleppt werden können. Erst als die zurückgeführten Menschenmassen infolge der überfüllten Abritung die gesundheitlichen Sicherheitsvorschriften nicht mehr beachteten, die vorher zwangsweise durchgeführte Entlausung an den Grenzen gegen Rußland und Oesterreich umgingen, hielt auch das Fleckfieber in Deutschland seinen Einzug. Inzwischen ist die Epidemie, die im Frühjahr 1919 ihren Höhepunkt erreichte, glücklich überstanden, da bei uns selbst in den traurigsten Zeiten die Verlaulung der Bevölkerung nie einen solchen Grad erreichen wird wie in Rußland oder auf dem Balkan. Dazu gilt der Gebrauch von Wasser und Seife in Deutschland selbst der ärmsten Bevölkerung als ein zu natürlicher und notwendiger Lebensgenuß.

Ein Heilmittel, wie das Chinin für die Malaria, haben wir zur Behandlung des Fleckfiebers leider nicht. Um so mehr muß das Bestreben der Hygiene darauf gerichtet sein, den Krankheitsausbruch zu verhüten, also der Läuseverteilung die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Wieder ganz anders sind die Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Tuberkulose, der bei uns am meisten verbreiteten Volkskrankheit, erforderlich sind. Durch Robert Koch's Entdeckung des Tuberkelbazillus (1882) wurde die infektiöse Ursache der Krankheit aufgedeckt. Die Tuberkelbazillen sind ungemein verbreitet, bei Mensch und Tier. Heute wissen wir, daß aber nicht nur die Anwesenheit der Bazillen zur Entstehung der Krankheit erforderlich ist - sonst hätten wahrscheinlich alle Menschen Tuberkulose - sondern daß noch andere Momente von Aufwandelkommen der Infektion schuld sind. Die sogenannte Krankheitsbereitschaft oder Disposition spielt hierbei eine große Rolle; vor allem aber bestmögliche Unterernährung und Wohnungsnot die Verbreitung der Krankheit. Das hat sich in besonders auffälliger Weise unter der Blockadeeinwirkung während des Weltkrieges gezeigt. Seit dem Jahre 1913 ist in Deutschland eine Verdoppelung der Tuberkulosefälle unter der städtischen Bevölkerung eingetreten; von 15,7 auf je 10 000 Einwohner im Jahre 1913 ist die Zahl der Tuberkulosefälle auf 31,7 im Jahre 1918 gestiegen. Nach den statistischen Erhebungen von Geheimrat Hamel aus dem Reichsamt des Innern sind in den Jahren 1915 bis Ende 1918 763 000 Menschen der Zivilbevölkerung in Deutschland den Wirkungen der Nahrungnot infolge der Blockade erlegen. Davon entfällt ein großer Teil ausschließlich auf das Konto der Tuberkulose.

Das zweite Moment, das die Ausbreitung der Tuberkulose, insbesondere der Lungenschwindsucht, begünstigt, ist das Wohnungsleben der großstädtischen Bevölkerung. Kein Wunder, daß der Tuberkulose, bazillenhustende Vater oder die Mutter die Krankheit auf ihre Kinder im frühesten Alter übertragen, wenn sie zu sechsen oder sieben oder zu noch mehr Personen auf einen Raum, wie es in der großstädtischen Bevölkerung nicht selten ist, angewiesen sind. Hier ist die Möglichkeit immer wieder gegeben, daß sich die Kinder an dem Auswurf und den Hustentröpfchen, die die Tuberkelbazillen zu vielen Tausenden enthalten, anstecken, und schließlich selbst an irgendeiner Form der Tuberkulose erkranken. (Fortsetzung folgt.)

und sich erst dazu verstanden, als eine nachträgliche Verordnung des Reichsarbeitsministers sie für den Fall der Weigerung mit Geldstrafen bis zu 20 000 M. bedrohte, zog sich die erste Erhebung derart in die Länge, daß eine Wiederholung zunächst bis zum November 1920 und dann bis zum Februar 1921 vertagt wurde. Schließlich sprach sich die Zentralarbeitsgemeinschaft — dank der Energie der Unternehmervertreter und der Gleichgültigkeit der Arbeitervertreter — überhaupt gegen eine Wiederholung der Lohnherabsetzung aus, und die Reichsregierung war schwach genug, sich zu fügen. Dieses klägliche Ende der Reichs-Lohnstatistik wird von allen denen, die in einer Kenntnis der tatsächlichen Löhne die Vorbildung für eine vernünftige Lohnpolitik erblicken, um so schmerzlicher empfunden, als auch die Reichs-Lohnstatistik jetzt keine Aufschlüsse mehr über die Löhne zu geben vermag. Nach einer Mitteilung des Statistischen Reichsamts sind nämlich, in den neuen Jahrbüchern, die erstmals für die Statistikjahr 1920 zur Verwendung kommen, alle Fragen, die sich auf die Lohnsätze der Tarifverträge bezogen, im Einverständnis mit den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, für welche die Ausfüllung dieses Teiles des Jahrbuches eine immer schwerer empfundene Last bedeutete, fortgelassen worden. Nun ist es ja wohl verständlich, daß die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich dagegen sträubten, einen Angehörigen tagelang, unter Umständen auch wochenlang auf ihre Kosten im Dienste der amtlichen Statistik zu beschäftigen, aber warum in aller Welt zieht das Statistische Reichsamt die Lohnsätze der Tarifverträge nicht selber aus? Daß eine solche Arbeit nicht übermäßig groß ist, glaube ich dadurch beweisen zu können, daß ich seinerzeit für mein Buch „Arbeitslohn und Arbeitszeit in Europa und Amerika 1870—1909“ ohne jede Hilfskräfte viele Tausende von deutschen und amerikanischen Tarifverträgen, und zwar nicht nur in bezug auf die Lohnsätze, ausgezogen habe. Und wie schnell selbst ein Amt, das nur über wenige Hilfskräfte verfügt, auf diesem Gebiete zu arbeiten vermag, hat schon die Tarifstelle des Sächsischen Arbeitsministeriums bewiesen, die in einer musterzüglichen Veröffentlichung die „Lohn- und Arbeitsbedingungen der gewerblichen Arbeiter, der kaufmännischen Angestellten und Beamten der technischen Angestellten, Beamten und Werkmeister im Freistaat Sachsen nach dem Stande der Tarifverträge von Ende Oktober 1921“ eingehend dargestellt hat.

Es ist unmöglich, auf engem Raume den Inhalt dieses Bandes, der eine unererschöpfliche Fundgrube für den Sozialpolitiker und den Nationalökonom bietet, wiederzugeben. Ich muß mich darauf beschränken, einige Tatsachen, die sich bei der ersten flüchtigen Durchsicht aufdrängen, hervorzuheben.

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt nach den meisten Tarifverträgen 46 bis 48 Stunden. Länger ist sie teilweise in der Landwirtschaft, wo die tägliche Arbeitszeit für 3 1/2 bis 4 Monate auf 8 Stunden, für 2 bis 4 1/2 Monate auf 9 Stunden und für 4 bis 6 Monate auf 10 Stunden festgesetzt ist, in den Gärtnereien, wo nur zwei von neun Tarifverträgen allgemein den Achtstundentag vorsehen, hingegen einer für 4 Monate und fünf für 8 Monate den Neunstundentag; ferner für die Maschinisten und Heizer in der Textilindustrie Ostschlesiens, die bis zu 54 Stunden arbeiten müssen, die Friseur für die nur 2 Tarife 48 Stunden, hingegen 1 Tarif 50 Stunden 1 Tarif 52 Stunden und 2 Tarife 54 Stunden vorsehen, die Droßknechtler in Dresden, die eine tägliche Höchstarbeitszeit von 10 Stunden haben; endlich im Gastgewerbe, wo 2 Tarife 8 Stunden, 1 Tarif 9 Stunden, 1 Tarif 10 Stunden, 1 Tarif wöchentlich 60 Stunden vorsehen, im häuslichen Dienst, wo die Angestellten nach dem Plauener Tarif eine Arbeitszeit von 10 Stunden und nach dem Dresdener Tarif eine Arbeitsbereitschaft von 12 Stunden haben, und im Anstaltsdienst, wo das Städtischen Krankenhaus in Riesa allgemein 10 Stunden und das Heilerziehungsheim Kleinmehrsdorf für das Erziehungspersonal die 60stündige Arbeitszeit vereinbart hat.

Die 46stündige Arbeitswoche herrscht in der Metallindustrie und in der Textilindustrie vor. Eine kürzere Arbeitszeit als 46 Stunden ist vereinbart:

**Gewerbliche Arbeiter:**

Steinkohlenbergbau unter Tag	7	Std. tägl.
Kalkindustrie unter Tag	7 1/2	" wöch.
Lafelglasindustrie: Glasmacher, Gehilfen	42	" wöch.
Glasindustrie: Flaschenmacher	45	" "
Korbflaschenmacher	39	" "
Balkonmacher	33	" "
Möbelwerke (Dresden-Leuben)	45	" "
Talg- und Fettverwertung (Leipzig)	36	" "
Lohnschlichtmeister (Leipzig)	36	" "
Zigarettenindustrie	45	" "
Hochbau, Tiefbau: 16. 11.—15. 12.	7 1/2	" tägl.
16. 12.—15. 1.	7	" "
16. 1.—8. 2.	7 1/2	" "
Steinergewerbe (Leipzig)	45	" wöch.
Ofenherzgewerbe: 1. 11.—28. 2.	7	" tägl.
Kaufm. und techn. Angestellte, Werkmeister:		
Metallindustrie (Rth. Chemnitz, Leipzig)	45	Std. wöch.
Brauereien (Dresden)	45	" "
Hochbau bei ungeteilter Arbeitszeit	45	" "
Architekten bei geteilter Arbeitszeit	45	" "
" ungeteilter "	42	" "
Tiefbau	45	" "
Versicherungsgewerbe: Berufsgen.	45	" "
Krankenkassen	45	" "
Generalagentur	45	" "
bei ungeteilter Arbeitszeit	45	" "
Privatlehranstalten (Dresden): Lehrer,		
Lehrerinnen	32	" "

Während die Arbeitszeit heute sehr viel einheitlicher geregelt ist als vor dem Kriege, sind die Unterschiede in den Löhnen noch immer außerordentlich groß. Eine Angleichung hat nämlich nur in dem Sinne stattgefunden, daß innerhalb ein und desselben Gewerbes die Spannung zwischen den Löhnen ungelernter und gelernter Arbeiter relativ geringer geworden ist. Um so größer aber sind die Abweichungen nach dem Alter und — was es vor dem Kriege nicht gab — nach dem Familienstand und der Kinderzahl. Als ein Beispiel für die geringen Abweichungen der Löhne der ungelernten von den Löhnen der gelernten Arbeiter sei erwähnt, daß die Plagarbeiter im Hochbau in Westsachsen nur 4 bis 5 Proz. weniger Lohn erhalten als die Maurer, die Zimmerer, die Einschaler für Beton und die Träger. Das Alter ist besonders stark berücksichtigt im Steinkohlenbergbau, wo der Schichtlohn der männlichen Arbeiter nach 13 Lebensaltersstufen, das Gehalt der Verwaltungsangestellten sogar nach 19 Dienstaltersstufen abgestuft ist. Im übrigen ist der „Soziallohn“ sehr verschieden durchgeführt. In der Landwirtschaft erhalten die Arbeiter und Arbeiterinnen mit eigenem Haushalt nach einigen Tarifverträgen ein etwas höheres Deputat. Im Kohlenbergbau wird für die Schicht ein „Hausstandsgeld“ von 4 M., ein „Kindergeld“ von 3 M. gewährt; in der Kalkindustrie betragen für jeden Verdag das Hausstandsgeld und das Kindergeld je 2 M. In der keramischen Industrie beträgt das wöchentliche Hausstandsgeld 20 bis 25 M., die wöchentliche Kinderzulage für das 1. und 2. Kind je 10 bis 12 M., für das 3. und jedes folgende Kind je 7 bis 8 M. In der Metallindustrie wird in der Kreishauptmannschaft Leipzig für die Ehefrau und für jedes Kind unter 14 Jahren wöchentlich 15 M. gezahlt; in sämtlichen Elektrizitätswerken sind für die Ehefrau und jedes Kind 50 M. monatlich vereinbart usw. Die Tarifverträge für kaufmännische und technische Angestellte gehen in der Berücksichtigung der Familienverhältnisse vielfach noch weiter. Die Angestellten im Steinkohlenbergbau bekommen ein jährliches Hausstandsgeld von 3000 M. und ein monatliches Kindergeld von 100 M.; hier erhalten die verheirateten Angestellten auch doppelt soviel Kohle wie die Ledigen. Im Braun-

steinbergbau ist das Kindergeld ebenso hoch, das jährliche Hausstandsgeld beträgt aber nur 1800 M. In der Metallindustrie in der Kreishauptmannschaft Dresden erhalten die verheirateten männlichen Angestellten eine Zulage von 5 Proz., in den Dresdener Kleiderfabriken, chemischen Waschanstalten und Weißwäschereien aber eine Zulage von 15 Proz. Im ganzen sind die Verhältnisse also noch wenig ausgeglichen, und auch im einzelnen finden sich auffallende Unebenheiten. So ist es nicht recht verständlich, warum in der Elektrizitätsindustrie die verheirateten kaufmännischen und technischen Hilfskräfte für einfache Arbeiten von 21 bis 24 Jahren eine monatliche Zulage von 85 M., von 25 bis 29 Jahren 60 M. und von 30 Jahren ab 90 M. erhalten, und warum sie in denselben Altersgruppen, falls sie zwei Kinder haben, eine weitere Zulage von 105, 60 bzw. 90 M. beziehen.

Die Löhne selbst waren besonders hoch im Hochbau, wo je nach Ortsklasse vereinbart war für Maurer, Zimmerer, Einschaler für Beton, Maschinisten II. Klasse 9,10—10,30 M., Träger 9,35 bis 10,80 M., Zementarbeiter, Maschinisten III. Klasse 9 bis 10,20 M., Bauhilfsarbeiter, Tiefbauarbeiter 8,65—9,85 M., Plagarbeiter 8,40—9,85 M. Annähernd das gleiche belamen die Maschinistenführer, Reparationschlosser und Dreher in der Dresdener Zigarettenindustrie, die für eine 45stündige Arbeitswoche 415 M. erhielten. Verhältnismäßig hoch bezahlt waren auch einzelne Gruppen von Arbeiterinnen in der Textilindustrie, so die Baumwollwebereinen in Treuen i. B. mit einem Stundenlohn von 6,20 M.

Im allgemeinen lag der Stundenlohn für die Arbeiter zwischen 4 1/2 und 7 M., für die Arbeiterinnen zwischen 3 und 5 M.

Besonders niedrig waren die Löhne u. a. teilweise in Gärtnereien (Kreishauptmannschaft Leipzig Vollgehilfen 3 M., Arbeiterinnen 1,50 M.), in Privatforsten (Wogland Forstarbeiter 3,20 M.), im Kalkbergbau (Schicht Männer 29—33 M., Frauen

10,65—13,35 M.), in Schotter- und Steinpflasterwerken (Sächsische Oberlausitz Kran- und Schwebefahrführer 2,70—3,83 M., Hilfsarbeiter 2,47—3,60 M., Frauen 1,58—2,02 M.), in der Metallindustrie (Bezirk Hainichen gelernte Arbeiter 2,60 M., ungelernete Arbeiter 2,30 M., ungelernete Arbeiter 2,20 M.), in Knopffabriken (Marienberg gelernte Handwerker 3,15—3,55 M., ungelernete Arbeiter 2,50—3,10 M., Arbeiterinnen 1,56—1,75 M.), in Bäckereien (Gehilfen Wochenlohn Uberschau 135 M., Ostschl. 120 M., Schwarzenberg 120 M., Zmönnitz 120 M., Wittgensdorf 100 M.), in Fleischerien (Gehilfen Wochenlohn Amtshauptmannschaft Annaberg 125 M., Amtshauptmannschaft Döbeln 125 M., Stadt Deberan 125 M., Bezirk Treuen 125 M., Stadt Zittau 114 M.), in der Schneiderei (Leipziger Firma Näherinnen 1,86 M., Handarbeiterinnen 1,62 M.), in der Rauchwarenindustrie (Zinnungsbezirk Glauchau selbständige Näherinnen 2 M.).

**Der Mensch soll nicht über seine Zeit klagen, dabei kommt nichts heraus. Die Zeit ist schlecht. Wohlan, er ist da, sie besser zu machen.**

Goethe

10,65—13,35 M.), in Schotter- und Steinpflasterwerken (Sächsische Oberlausitz Kran- und Schwebefahrführer 2,70—3,83 M., Hilfsarbeiter 2,47—3,60 M., Frauen 1,58—2,02 M.), in der Metallindustrie (Bezirk Hainichen gelernte Arbeiter 2,60 M., ungelernete Arbeiter 2,30 M., ungelernete Arbeiter 2,20 M.), in Knopffabriken (Marienberg gelernte Handwerker 3,15—3,55 M., ungelernete Arbeiter 2,50—3,10 M., Arbeiterinnen 1,56—1,75 M.), in Bäckereien (Gehilfen Wochenlohn Uberschau 135 M., Ostschl. 120 M., Schwarzenberg 120 M., Zmönnitz 120 M., Wittgensdorf 100 M.), in Fleischerien (Gehilfen Wochenlohn Amtshauptmannschaft Annaberg 125 M., Amtshauptmannschaft Döbeln 125 M., Stadt Deberan 125 M., Bezirk Treuen 125 M., Stadt Zittau 114 M.), in der Schneiderei (Leipziger Firma Näherinnen 1,86 M., Handarbeiterinnen 1,62 M.), in der Rauchwarenindustrie (Zinnungsbezirk Glauchau selbständige Näherinnen 2 M.).

Für weitere Einzelheiten und für die Gehälter der kaufmännischen und technischen Angestellten sei auf die Veröffentlichung der Tarifstelle selbst verwiesen.

**Angriff auf den Achtstundentag in Frankreich.**

(GOS.) In der französischen Kammer wurde kürzlich vom Deputierten Meffier ein Gesetzentwurf eingebracht, der auf eine Revision des Achtstundengesetzes vom 23. April 1919 abzielt. Auch das Gesetz in seiner heutigen Gestalt gab den Unternehmern bereits die Möglichkeit, in Zeiten von „Arbeitsandrang“ oder aus Rücksichten auf „nationale Notwendigkeiten“, Bewilligungen von Ausnahmen zu verlangen.

Für diesen Zweck waren indessen besondere Durchführungsbedingungen der Verwaltungsbehörden erforderlich, die jedoch bisher unterblieben sind, so daß das Gesetz in seinem vollen Umfang Anwendung finden konnte, soweit nicht eben durch die Schuld der Arbeiter selbst die Unternehmer zur Umgehung der Bestimmung Veranlassung fanden.

Der in Rede stehende Gesetzentwurf will nun den „Obersten Arbeitsrat“ ermächtigen, neben einer Liste aller Betriebe, auf die das Gesetz Anwendung finden soll, auch eine Liste solcher Betriebe aufzustellen, für die Ausnahmen bewilligt werden können. Nach Anhörung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hätte dann der Arbeitsminister endgültig darüber zu bestimmen, ob dem betreffenden Betrieb eine Verlängerung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit zu gestatten ist. Der Antragsteller begründet seinen Entwurf mit Rücksichten auf die allgemeine Wirtschaftslage Frankreichs, die in gewissen Industrien eine Verlängerung der Arbeitszeit erfordert.

Wie man sieht, werden in Frankreich dieselben Argumente wie anderwärts von den Unternehmern benutzt, um unter dem Vorwand wirtschaftlicher und nationaler Notwendigkeiten den Achtstundentag zu sabotieren.

Gegen diese Kampagne, die sowohl von der Parlamentstribüne aus wie in der kapitalistischen Presse geführt wird, nimmt das französische Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ entschiedene Stellung. Es wirft der französischen Industrie vor, daß sie die Zustände „nicht in ihrem Zusammenhang sehe“. Die allgemeinen Kosten der französischen Industrie nehmen infolge der unwirtschaftlichen Art der Betriebsführung einen unverhältnismäßig großen Raum ein. Nicht das Gesetz über den Achtstundentag trage Schuld, daß eine erfolgreiche Konkurrenz auf dem nationalen wie auf dem internationalen Markt nicht möglich ist. Trotzdem die Löhne auf Grund der gesetzlichen Bestimmung die gleichen geblieben sind, wie beim zehnstündigen Arbeitstag, spielen die wirklichen Herstellungskosten nicht die Hauptrolle. Was auf der Industrie heute laste, sei die Vergangenheit, der Krieg mit seinen ruinösen finanziellen Folgen.

Gegenüber der Behauptung, daß der Achtstundentag tatsächlich nur in Frankreich Anwendung finde, was die wirtschaftliche Konkurrenz unmöglich mache, weist „Le Peuple“ auf Deutschland, wo nicht nur darauf gesehen werde, daß das Achtstundengesetz streng beobachtet wird, sondern wo sogar in gewissen Betrieben auf Grund besonderer Verträge eine noch kürzere Arbeitszeit vereinbart wurde.

Ein Angriff auf den Achtstundentag sei gleichzeitig ein Schlag gegen die internationale Arbeitsgesetzgebung, für deren Organisation und Durchführung eben erst nach jahrelangen Kämpfen ein Organismus geschaffen wurde.

**Zum Gesundheitsstand der arbeitenden Bevölkerung.**

Der Landesgewerbearzt, Ministerialrat Dr. Thiele hat anlässlich einer Interpellation der deutschnationalen Landtagsfraktion des Sächsischen Landtages gegen die Ueberstundenverordnung des Arbeitsministers, Kollegen Jädel, recht beachtenswerte Ausführungen über den Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung in Sachsen im Sächsischen Landtag gemacht, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Sie geben ein Bild von den Verwüstungen, die der Krieg unter der Bevölkerung angerichtet hat und sind ein dringender Beleg für die Notwendigkeit der Beibehaltung des Achtstundentages. Diese Ausführungen müßten eigentlich jede Kritik am Achtstundentag unterbinden. Leider ist dem nicht so. Das Kapital fragt in seiner Profitsucht nicht danach, welche Folgen eine übermäßig lange Arbeitszeit nach sich

zieht. Für das Kapital sind Menschen weniger wertvolle Objekte. Daraus läßt sich der Kampf gegen den Achtstundentag erklären. Die sittliche und kulturelle Hebung der Arbeiterschaft durch den Achtstundentag wird dabei von den Unternehmern und der Unternehmerpresse nicht besonders begrüßt. Doch das sei nur nebenbei bemerkt. Ministerialrat Dr. Thiele führte u. a. aus:

Es ist ein Unterschied zwischen der Arbeit und der Art der Arbeit, die ich mir selbst bestimme, und der Arbeit, die mir bestimmt wird. Es ist ein Unterschied zwischen der Arbeit, deren Zeitmaß und Dauer und Menge ich mir selbst bestimme, oder die mir die Maschine auferlegt, ihr Tempo, ihr Rhythmus usw. Und dann ist wieder ein Unterschied, ob ich die Maschine führe oder mich die Maschine mitreißt. So war es vor 100 Jahren ein praktischer Arzt in Berlin, einer der ersten Professoren der Medizin an der damals neu begründeten Universität in Berlin, Christian Wilhelm Hufeland, der auch in einer furchtbar schweren Zeit unseres Vaterlandes die bekannte Einteilung des Tages in dreimal 8 Stunden als erster vorgeschlagen hat.

M. D. u. S.! Es kommt aber nun nicht nur auf die Dauer der Arbeit, sondern es kommt ganz wesentlich auch auf den arbeitenden Menschen selbst an, auf den Gesundheitszustand des arbeitenden Menschen. Und, m. D. u. S., schwere Zeiten liegen hinter uns und in schweren Zeiten sind wir mitten drin und schwere Zeiten liegen wahrscheinlich noch sehr viel vor uns. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der zerstörende Einfluß des Krieges und der Hungerblockade ist Ihnen bekannt. In Sachsen sind vor dem Kriege knapp 50 000 Menschen jedes Jahr gestorben, die über 1 Jahr alt waren. Im Jahre 1918 waren es 79 000, die starben. Seitdem haben wir allerdings einen Abfall. 1919 sind es nur noch 58 000 und 1920 etwas über 50 000, und in dem ersten Halbjahre dieses Jahres sehen wir ein weiteres Abfallen. Das ist eine höchst erfreuliche Tatsache. Wir leben darin ohne weiteres den Einfluß der gebesserten Ernährungsverhältnisse in der letzten Zeit.

Nun ist es Ihnen bekannt, daß ausschlaggebend für die Sterbeziffer vor allen Dingen eine Krankheit ist, das ist die Tuberkulose. Im Jahre 1913, also in dem Jahre vor dem Kriege, starben in Sachsen 6375 Menschen an Tuberkulose, 1918 waren es 12 174, also fast noch einmal so viel. 1919 fällt die Zahl wieder auf 10 297, und 1920 ist die Zahl herabgegangen bis auf 5790. Das ist eine Zahl, die wir noch nicht einmal vor dem Kriege erreicht hatten. Das wäre also erfreulich ein sehr günstiges Zeichen.

Was sagt uns diese Zahl? Der Tod hat eine ganz gewaltige Auslese in dieser Hunger- und Kriegszeit unter den Menschen gehalten, und zwar unter all den Menschen, die angebrochen, die morsch, widerstandslos und hilflos waren. Die Tuberkulose ist ja eine chronische Krankheit, die nicht von heute auf morgen wirkt.

Aber nun wollen wir uns ganz kurz die Tuberkuloseerkranklichkeit im einzelnen ansehen. Das ist wesentlich für die Ueberstundenfrage. Während vor dem Kriege in den 90er Jahren die Männererkranklichkeit ein Sechstel größer war als die Sterblichkeit der Frauen, und während in den letzten Jahren, ungefähr 1910/1913, kurz vor dem Kriege, die Sterblichkeit der Männer nur noch ein Viertel größer war als die der Frauen, so hat im Kriege die Frauenerkranklichkeit, und zwar gerade in den sogenannten besten Lebensalters vom 25. bis 40. Lebensjahre, die Männersterblichkeit ganz wesentlich übertroffen, und das geht noch weiter bis in die letzten Jahre. Ich habe zufälligerweise den Bericht des Stadtbezirksarztes von Leipzig in der Hand gehabt, der selbstverständlich gar nicht die Ueberstundenfrage im Auge gehabt hat. Er hebt in seinem Jahresberichte für die Stadt Leipzig hervor: In den Jahren 1919 und 1920 starben in Leipzig wesentlich mehr Frauen als Männer, während früher das Verhältnis umgekehrt war. Was heißt denn das für den Tiefstbilden? Das heißt, die zunehmende Erwerbsarbeit der Frau, die schon vor dem Kriege, in den 90er Jahren einsetzte, die dann kurz vor dem Kriege ganz gewaltig anstieg und die im Kriege alle Grenzen überstieg, hat in Verbindung mit der Ernährungsnot und mit der Not und Sorge um die Kinder, um den Mann und die Söhne und die Väter usw. eine zunehmende Widerstandslosigkeit der Frau gegen die Schwinducht mit sich gebracht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Alle Rassen und besonders alle Frauenrassen sind aber, wenn wir einmal von der Schwinducht absehen, darüber einig, daß diese Zeit geradezu verwüstend auf die Gesundheit gerade unserer Frauen und Mädchen gewirkt hat. Entzündungen des Nerven Systems, der Verdauungsorgane, des Blutkreislaufsystems, insbesondere der Unterleibsorgane, die doch so wesentliche Organe für die Volksgesundheit sind — Entzündungen und Verlagerungen usw., ich will das im einzelnen nicht ausführen — haben ganz gewaltig zugenommen. Ein Arzt schreibt sogar: es ist ein ungeheurer Wucher mit dem kostbaren Pfunde der weiblichen Gesundheit im Kriege und in der letzten Zeit getrieben worden. M. D. u. S.! Es ist nicht anzunehmen, daß alle diese krankhaften Zustände, an denen man gewöhnlich nicht stirbt, jetzt bei der etwas verbesserten Ernährung etwa vollständig verschwinden würden oder ganz zurückgegangen sind. Es ist so: die natürliche Ueberanfälligkeit der Frau für Erkrankungen, die schon immer dagewesen ist, auch in früheren Zeiten, und zwar ganz besonders in der Zeit vom 15. bis zum 50. Lebensjahre — die Ueberanstrengung und die Ueberanstrengung in der Mutterchaftsbereitigung und in der Mutterchaft selbst — sie besteht nicht nur fort, sondern hat in und durch den Krieg und seine Folgen noch ganz wesentlich zugenommen.

Nun, m. D. u. S., ich habe mit Genugtuung hervorgehoben, daß die Sterbeziffer wenigstens im allgemeinen glücklich heruntergegangen ist, wie es mit der Frauengesundheit insbesondere steht, habe ich mir auch erlaubt, Ihnen ganz kurz zu schildern. Wie steht es aber mit der allgemeinen Gesundheit, mit der Krankheitsanfälligkeit? Für 1920 berichtet der verdiente und hervorragende Leiter der Berliner Ortskrankenkassen Albert Cohn in seinem letzten Jahresbericht, daß die entscheidenden, mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheitsfälle bei den Männern um 9 Proz., bei den Frauen aber um reichlich 10 Proz. zugenommen haben. Ich gebe nicht ohne weiteres etwas auf Krankheitsstatistiken, sie müssen sehr mit Vorsicht und mit Kritik genommen werden. So berichtet nämlich — und das wird uns hier besonders interessieren — die Ortskrankenkasse Plauen vom Jahre 1920:

Der Bestand an Arbeitsunfähigen ist im Vergleich zu anderen gleichgroßen Kassen auffallend niedrig und betrug ausschließlich der Wöchnerinnen im Jahre 1920 durchschnittlich 1,32 v. H.

Dieselbe Zahl für die Ortskrankenkasse Dresden z. B. betrug für 1919 2,26 und für 1920 2,61 v. H. Also, werden Sie zunächst ohne weiteres sagen: da müssen ja geradezu glänzende Gesundheitsverhältnisse in Plauen oder Dresden oder überhaupt bei uns in Sachsen sein. Ich bitte Sie, mir nun meine eigene langjährige Erfahrung als praktischer und Kassenarzt in einem Arbeiterort von Chemnitz zugute zu halten und zum anderen die Erfahrungen, die ich jetzt in meiner Tätigkeit als Landesgewerbearzt, wenn ich mit den Gewerbeaufsichtsbeamten durch die Betriebe gehe öfter zu machen habe. In Zeiten guter Beschäftigung wird jeder Versicherte nur in den allergeringsten Fällen, nur in den allerdringendsten Fällen, wenn es gar nicht anders geht, sich krank und erwerbsunfähig melden. (Sehr richtig! links.) Denn das Krankengeld, das sich jetzt auf einem Grundlohn sage und schreibe von 30 Mark aufbaut — d. h. in der höchsten Klasse — würde vielleicht 25 Mark täglich betragen. (Zuruf bei den Soz. 22.50!) Es gibt aber noch eine Reihe niedrigerer Klassen dabei. Das Krankengeld ist selbstverständlich wesentlich niedriger als der Arbeitsverdienst. Die Leuerungsverhältnisse und die Unmöglichkeit, mit dem Krankengelde sich und seine Familie zu ernähren, überhaupt durchzubringen, das zwingt den Versicherten, seine Krankheit, solange wie möglich hinzuzieheln. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das wird noch bedeutsamer, wenn Sie daran denken, daß gerade die niedrigen Lohnstufen noch niedrigere Krankheitsziffern haben als die Versicherten der höheren Stufe, d. h. mit anderen Worten, als Arzt muß man sagen, daß die Armen der Armen infolge der geringen Barunterstützung gezwungen sind, sich erstens einmal später krank zu melden, wenn sie es überhaupt tun können, und dann auch rascher wieder arbeitsfähig zu

die höheren Stufen. Das was im Sinne einer Krankheitsverhütung ein Zustand ist, den der sozialhygienisch und wohlfahrtspflegerisch arbeitende Arzt nur auf tiefste bedauern kann, das brauche ich Ihnen nicht näher auseinanderzusetzen. Und nun denken Sie sich, daß es sich in dem Falle der Weberstundenarbeit nicht um Krankheitszustände handelt, die plötzlich mit einem Male eintreten, sondern die auf längere Zeit fortwirken, erst in späterer Zeit sich auswirken, um chronische Schädigungen. Also, m. D. u. S. die Krankenlistenstatistik läßt, wenn sie zur Zeit so niedrige Krankenziffern mit Erwerbsunfähigkeit hat, uns hier vollständig im Stich. Für zwei Krankheitsgruppen wird allgemein — ganz einwandfrei für die erste gleich zu erwähnende — zugegeben, daß sich die Krankheitsanfälligkeit ganz wesentlich vermehrt hat. Das sind einmal die Geschlechtskrankheiten, die, von allen anderen Wirkungen abgesehen, ganz besonders traurig auf die Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit, insbesondere des weiblichen Geschlechts einwirken und die wir leider jetzt mitunter bis ins 14. Lebensjahr und noch zeitiger bei Mädchen feststellen müssen, und schließlich dann wieder, nicht ganz so einhellig, die Tuberkulose.

Ich hatte Ihnen gesagt, daß die Sterblichkeit an Tuberkulose, die Tuberkulosesterblichkeit, ganz erfreulich gefallen sei, sie ist besser in diesem Jahre als in den letzten Jahren vor dem Kriege. Aber der den Gesundheitszustand der Bevölkerung mehr und genauer beobachtet, der hält die Tuberkulosegefahr keinesfalls für erledigt, sondern sogar noch für erhöht. Ich entnehme der neuesten Nummer eines wissenschaftlichen Fachblattes der Tuberkulosebekämpfung den Beiträgen zur Klinik der Tuberkulose Erfahrungen aus dem Pathologischen Institut eines großen Hamburger Krankenhauses, wo eine gewaltige Zunahme der aktiven Tuberkulose zumal im Kindesalter festzustellen ist.

Und damit, m. D. u. S., kommen wir zu dem betrüblichsten Kapitel der gesundheitlichen Lage dieser Tage, zur Wohnungsnot, Heizungsnot, Kleidernot, Wäsche- und Waschmittelnot, zu der doch nur vorübergehend gemilderten Ernährungsnot und zur Arbeitsnot. Das sind die sieben Nöte, die dem Tuberkelbazillus ganz besonders den Weg bahnen. Und die tauglichen Objekte dafür sind unsere Kinder.

Ueber die Kindermot brauche ich mich nicht weiter zu verbreiten. Es ist im ganzen Lande und in ganz Deutschland bekannt, daß gerade die schicksallichen Kinder unter dem Kriege besonders gelitten haben, und die Auswirkung dieser Not ist noch längst nicht erledigt trotz der Quäterspeisungen, für die wir natürlich gar nicht dankbar genug sein können. Noch im Spätherbst 1920, also vor einem Jahre, ist in Leipzig festgestellt worden, daß von 113 000 Schulkindern nur 11- bis 12 000 gut ernährt waren. Wenn Sie meinen, es beschränke sich das nur auf die Großstadt, so kann ich Ihnen sagen, daß in dem fast ländlichen Bezirk Döbeln 36 Proz. aller Schulkinder noch zu den schlecht ernährten Kindern gehören, die für die Quäterspeisung in Frage kamen. Bei diesem Zustand unserer Kinder gestatten Sie mir, daß ich eine Nebenbemerkung nicht unterdrücke, die mir aber sehr am Herzen liegt, daß nämlich trotz der gesetzlichen Vorschriften über die gewerbliche Kinderarbeit während des Krieges und noch bis in die letzte Zeit hinein in oft sehr erheblichem Umfange mit einer aufs höchste in Erfahrung gelegenen Verstoßverletzung der Arbeitgeber und Eltern diese Vorschriften übertreten worden sind.

Nun aber kommt das Wichtigste für die vorliegende Frage. Diese Kinder, die ich eben geschildert habe, sind nun aus den Schulen herausgewachsen und nach dem Kriege zu Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern geworden. Sie sind hineingewachsen in das gewerbliche Leben, in die Erwerbsarbeit. Ich habe gesagt „gewachsen“, das ist falsch. Unsere Kinder sind eben nicht gewachsen, sondern sie sind in der Krieges- und Hungerszeit, also in ihren wichtigsten Lebensjahren körperlich so benachteiligt worden, daß sie eben nicht gewachsen sind und sich nicht richtig entwickelt haben. Wir haben aus allen Teilen des Landes bald mehr, bald weniger in den letzten Wochen erst Berichte bekommen, daß die älteren Volksschüler die Ostern 1919 und 1920 als jugendliche Arbeiter oder Lehrlinge in die Arbeit hineingekommen sind, an Gewicht und Körpergröße ganz wesentlich zurückgeblieben sind, bis zu 10 kg an Schwere und 13 cm an Länge gegen den Durchschnitt der Vorkriegszeit. Es wird berichtet, daß Vierzehn- und Fünfzehnjährige den Eindruck von Elf- und Zwölfjährigen und Sechzehn- und Siebzehnjährige den Eindruck von Dreizehnjährigen machen. Der Hunger hat den physiologischen Wachstumsreiz, d. h. den natürlichen Wachstumsantrieb in der Reifezeit vollständig unterdrückt. Dazu treten noch Blutarmerie, Muskelschwäche, Knochen- und Gelenkschwäche, Brustkorberengung usw., alles Erscheinungen, die der Tuberkulose den Boden bereiten, d. h. mit anderen Worten, daß wahrscheinlich Tausende unserer Kinder mit dem Keime der Schwindsucht in ihrem Körper heranwachsen. Und die Auswirkung davon wird sich erst in den nächsten 10 oder 15 Jahren zu unserer größten Sorge bemerkbar machen. (Fortsetzung folgt.)

### Die Lohnsteuer.

Nach dem vom 1. Januar an geltenden neuen Lohnsteuergesetz ermäßigen sich die Steuerbeträge von 10 v. H. des Arbeitslohnes um:

- für den Steuerpflichtigen und für seine zur Haushaltung zählende Ehefrau:
  - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden um 20 Pf. für je zwei angefangene oder volle Stunden,
  - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen um 80 Pf. täglich,
  - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen um 4,80 M. wöchentlich,
  - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten um 20 M. monatlich;
- für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind im Sinne des § 17 Abs. 2 Einl.-St.-Gesetz. (Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht gerechnet.)
  - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden um 30 Pf. für je zwei angefangene oder volle Stunden,
  - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen um 1,20 M. täglich,
  - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen um 7,20 M. wöchentlich,
  - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten um 30 M. monatlich;
- zur Abgeltung der nach § 13 des Einl.-St.-Gesetz zulässigen Abzüge:
  - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen um 45 Pf. für je zwei angefangene oder volle Stunden,
  - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen um 1,80 M. täglich,
  - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen um 10,80 M. wöchentlich,
  - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten um 45 M. monatlich.

Die neuen Ermäßigungsätze traten am 1. Januar 1922 bereits in Kraft. Als Steuerjahr gilt fortan das Kalenderjahr. Folgende Beispiele dienen zur Aufklärung, wie vom 1. Januar 1922 an der Steuerabzug zu erfolgen hat.

1. Beispiel:

Ein Monatslohnempfänger, der verheiratet ist und ein Kind hat, erhält monatlich . . . . .	3000,— M.
ab 10 Prozent Steuer . . . . .	300,— "
Davon geht ab: für den Ehemann . . . . .	20,— M.
für die Ehefrau . . . . .	20,— "
für das Kind . . . . .	30,— "
und für Werbungskosten . . . . .	45,— "
Die zu zahlende Steuer summe beträgt . . . . .	185,— M.

2. Beispiel:

Ein Wochenlohnempfänger, verheiratet, mit einem Kinde, erhält einen Wochenlohn von . . . . .	500,— M.
ab 10 Prozent Steuer . . . . .	50,— "
Davon geht ab: für den Ehemann . . . . .	4,80 M.
für die Ehefrau . . . . .	4,80 "
für das Kind . . . . .	7,20 "
und für Werbungskosten . . . . .	10,80 "
Die zu zahlende Steuer summe beträgt . . . . .	22,40 M.

3. Beispiel:

Ein Tagelohnempfänger, verheiratet, mit einem Kinde, erhält einen Tagelohn in Höhe von . . . . .	40,— M.
ab 10 Prozent Steuer . . . . .	4,— "
Davon geht ab: für den Ehemann . . . . .	0,80 M.
für die Ehefrau . . . . .	0,80 "
für das Kind . . . . .	1,20 "
für Werbungskosten . . . . .	1,80 "
Der Mann ist steuerfrei.	

Eine weitere Änderung des Gesetzes ist, daß die Abzüge bis zu einem Einkommen bis 50 000 M. gemacht werden können. Damit soll die besondere Veranlagung und das Nachzahlungs- und Rückerstattungsverfahren ausgeschlossen werden. Diejenigen Personen, die über 50 000 M. Jahreseinkommen haben, müssen sich selbst veranlagern. Diese letztgenannten Stände sind verpflichtet, alle Quartale den vierten Teil ihrer im letzten Jahre festgestellten Steuerhuld an die Finanzämter abzuführen. Die Abzüge für die Kinder sind auch bei einem Einkommen bis 200 000 M. gestattet. Wer über 200 000 M. Einkommen hat, darf sich Abzüge für die Kinder nicht mehr machen.

### Gewerkschaftsbeamte einst und jetzt.

Ein Angestellter unseres Verbandes schreibt: In so bewegten Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, wo alles mit den augenblicklichen Verhältnissen unzufrieden ist, wäre es als ein Wunder anzusehen, wenn die Gewerkschaftsmitglieder auch an ihren Angestellten nichts auszusetzen hätten.

Diese Unzufriedenheit äußert sich namentlich bei Lohnbewegungen, die sich in neuerer Zeit, infolge der Teuerung, geradezu überstürzen.

Kaum ist eine Bewegung mit mehr oder weniger Erfolg beendet, so fordern die Mitglieder, oft nicht zu Unrecht, die Einleitung neuer Lohnbewegungen.

Angeht diese nervenzerrüttende Tätigkeit dürfte es nicht unangebracht sein, einmal einen Rückblick auf die Vorkriegszeit zu werfen, die gerade jetzt zu einem Vergleiche reizt.

Schreiber dieser Zeilen, der schon ein halbes Menschenalter mit an leitender Stelle im Verband steht, benützt seine kleine Feiertagspause, um diesen Aufschuß zu Papier zu bringen.

Im Gegensatz zu heute war unsere Tätigkeit früher mehr eine organisatorische. Klein war das Häuflein unserer Anhänger im Hinblick auf die Zahl der Beschäftigten. Trotzdem darf gesagt werden, daß Opfermut und Idealismus einen besseren Klang in der Arbeiterschaft hatten als heute. Ungezählte Mahregelungen und kleinliche Chikanen aller Art mußte das kleine Häuflein erdulden, ehe es sich hier und da durchzusetzen vermochte. Mancher brachte oftmals seine ganze Existenz der Bewegung zum Opfer; besonders nach Streiks nahmen die Kapitalisten meist furchtbare Rache, indem sie Dutzende von Familienvätern unarmherzig aufs Straßengpflaster warfen. Keine Zuchthausstrafe konnte gegriindet werden, ohne daß mehrere Mahregelungen zu verzeichnen waren.

Damals bestand die Tätigkeit eines Gewerkschafters und eines Geschäftsführers hauptsächlich darin, daß er den bedröhten Mitgliedern beispiegelte und unsere schwachen Hilfsmittel der Kritik usw. in Bewegung setzte; die Tore der Behörden waren meist für uns verschlossen, d. h. von dort war keine Hilfe zu erwarten.

Lohnbewegungen waren selten, und wo es uns möglich war, schloßen wir Tarife auf 2 bis 3 Jahre ab. Die Zwischenzeit bewährte wir zur Gewinnung neuer Mitglieder und zur Schulung der gewonnenen. Wie froh war man manchmal, in einer stark besuchten Versammlung sprechen zu können, aber wenn man von den vielen Hunderten 1 Duzend neue Mitglieder gewann, war es ein Glückstag. Diese große Gleichgültigkeit der alten Zeit zeigt sich heute oft bitter. Es fehlt vielen, namentlich den neuen Mitgliedern, die gewerkschaftliche Schulung. Läßt man der Angestellten nicht jedes Vorwissen bis zum Streik ausseren, wird er sehr oft als Bremser, Abwürger, ja sogar als Verräter verurteilt. Oft steht der Angestellte in großen Versammlungen ganz allein, weil die Kollegen aus den Betrieben sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, mit den gleichen Kosenamen belegt zu werden.

Tarifverhandlungen werden heute anders geführt als früher. Die Unternehmer haben sich Profitebeschützer zugelegt, Syndici genannt, die oftmals Jesuitenknäueln verteuert ähnlich sehen und mit allen Wassern gewaschen, in allen Fächern beschlagen sind. Der Angestellte mit seiner primitiven Volksschulbildung kann ihm in der Regel nur keine Erfahrung entgegensetzen. Solche Verhandlungen, die oft tagelang, ja bis tief in die Nächte hinein dauern, bedingen tieferes Eindringen in unsere Volkswirtschaft. Während jedoch diese Syndici genügend Zeit zu Vorbereitungen haben, rasen wir aus einer Verhandlung in die andere. Der Eisenbahnwagen ist dann unsere Vorbereitungs- resp. Studierstube, sehr oft auch unsere Schlafstube. Weil sich die Bewegungen, die jetzt alle 4 Wochen wiederholt werden müssen, überstürzen, kommen wir sehr oft abgehakt an den neuen Verhandlungstisch. Bei diesen Verhandlungen widmen die Unternehmer und deren Syndici ihre ganze Aufmerksamkeit den Angestellten, die nebenher darüber zu wachen haben, daß durch unbedachte Forderungen der in Arbeit stehenden Kollegen keine Erschwerungen eintreten.

Nach erfolgter Verhandlung fordern die Mitglieder sofort Bericht in großen Versammlungen. Hier gibt es immer Kollegen, die aus beachtenswerten Erfolgen ein „Nichts“ zu machen verstehen. Aller Groß ladeht sich dann auf den Angestellten ab, der meist ohne jede Unterstützung sich abmüht, das Gegebene der Situation entsprechend zu vermerken. Außerdem hat der Angestellte neben den Interessen der Mitglieder seines Bezirkes die Gesamtinteressen des Verbandes wahrzunehmen.

Bei dieser aufreibenden Tätigkeit der Angestellten, denen sich oft gewaltige seelische Erschütterungen beigesellen, noch verschärft durch eine nicht auf 8 Stunden bemessene tägliche Arbeitszeit, der sich schlaflose Nächte anschließen, ist ein in der modernen Arbeiterbewegung Angestellter wirklich nicht zu beneiden.

Es wäre daher am Platze, an die Kollegialität unserer Mitglieder zu appellieren, etwas mehr Vertrauen ihren Angestellten entgegenzubringen.

Kollegen! Wollt Ihr, daß die Gesundheit, vor allem die geistige Elastizität Eurer angestellten Kollegen erhalten bleibt, dann unterstützt sie in schweren Stunden. Nehmt sie gegen überwältigende Radikalismen und Arbeitererzürnerer in Schutz und stellt das alte Vertrauensverhältnis von früher wieder her! Nur so wird es möglich sein, Euch vor Enttäuschungen und die Organisation vor schweren Erschütterungen zu bewahren.

### Unterrichtskurse für Arbeiter.

Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten, die ihre in der Schule erlernten Grundkenntnisse wieder vergessen haben, aber ein Streben nach Höherem besitzen, wird Gelegenheit gegeben, dieses Streben zu befriedigen. Keinen anderen Zweck verfolgen die „Unterrichtskurse für Arbeiter“ E. B. Lehrer sind Studierende der Berliner Hochschulen, die verpflichtet sind, politische und religiöse Neutralität zu wahren.

Unterricht wird erteilt an den unten genannten 5 Arbeitsstätten in Deutsch: Rechtschreibung, Sazbau, Zeichensetzung, Aufsatzlehre

und Grundlagen der Literatur; Rechnen: Grundrechnung, Bruchrechnung, Zinsrechnung, Regeldeetri, Buchstabenrechnung. Die Hörgelühr beträgt 5 Mark, für einen Lehrgang (Januar bis April, wöchentlich einmal abends von 1/8 bis 1/10 Uhr).

Auskunft und Anmeldungen an folgenden Abenden von 1/8 bis 1/10 Uhr: Montag, den 9. Januar, in Reutßin, Kaiser-Friedrich-Strasse 208/210; Dienstag, den 10. Januar, in der Gleimstr. 49; Donnerstag, den 12. Januar, in der Niederwallstr. 12; Freitag, den 13. Januar, in Dichtenberg, Rathausstr. 8.

Beginn der Kurse: Montag, den 16. Januar.

Ein anderes Institut, die Volkshochschule Groß-Berlin, erstrebt die Heranbildung ihrer Hörer zu harmonisch entwickelten Vollmenschen sowie die Bereicherung ihres Gefühls- und Geisteslebens. Sie verfolgt dieses Ziel Hand in Hand mit der Arbeiterschaft. 200 verschiedene Kurse und Arbeitsgemeinschaften kündigt ihr Arbeitsplan an. Daneben sind noch zahlreiche Führungen, Wanderungen, Lehrausflüge und Kunstveranstaltungen vorgesehen. Sie finden an ca. 50 über die ganze Stadt verteilten Arbeitsstätten, meist Schulen und dergleichen, statt, so daß jedermann, wo auch immer er wohnt oder beschäftigt sein mag, auf die denkbar bequemste Weise an ihnen teilnehmen kann. Die Hörgelühr beträgt nur 50 Pfennig für die einfache Stunde, so daß Abende zu je 1 1/2 bzw. 2 Stunden nur 6 bzw. 8 Mark kosten. Die Geschäftsstelle der Volkshochschule Groß-Berlin befindet sich im Institut für Meereskunde, Nr. 7, Georgenstraße 34-36 (Tel. Zentrum 7591). Hörerkarten und Arbeitspläne sind außerdem bei den Verkehrsleuten in den großen Betrieben, ferner in der Volkshausbuchhandlung, SO. 16, Köpenicker Straße 68, Buchhandlung „Freiheit“, C. 2, Breite Straße 8-9, Buchhandlung Vorwärts, SW. 68, Lindenstraße 2, sowie an zahlreichen, durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen zu haben.

### Aus den Gewerkschaften.

Robert Zeiske †.

Der Verbandsvorsitzende des Zentralverbandes der Hotels, Restaurant- und Café-Angestellten, Genosse Robert Zeiske, ist nach längerem Leiden im Alter von nahezu 57 Jahren verschieden. Zeiske war Mitbegründer des Verbandes der Gastwirtsgehilfen und seit April 1894 dessen Angestellter, zunächst als Kassierer der Berliner Ortsverwaltung, dann als Redakteur des Verbandsorgans und seit den letzten Jahrzehnten als Verbandsvorsitzender. Auch im Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission und im Ausschuß des Gewerbegerichts war er tätig. Unermüdet war Zeiske um die Ausbreitung und Stärkung seines Verbandes bemüht, als die Einheitsorganisation aller Gastwirtsverbände beschloßen war, die leider durch den Verrat einiger rechtsstehender Gehilfenführer nicht vollends zustande kam, sah er sich am Ziel seines Strebens. Besonders war er um die Verdrängung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung bemüht durch Schaffung eines geordneten Arbeitsnachweises. Sein scharfes Wesen und seine Schaffensfreude sichern ihm über den Kreis seiner Berufsgenossen hinaus ein ehrendes Andenken.

### Aus der Textilindustrie.

Steigende Wollpreise. — Ausbleiben der Feiertagskündigung an den Hauptwollmärkten. Wie das „Wollarchiv“, Berlin, mitteilt, werden aus allen überseeischen Produktionszentren steigende Wollpreise gemeldet. Auch auf der Bradford Kolonial-Wollversteigerung wurden Preise erzielt, die wesentlich über den Londoner Schlussnotierungen stehen. Rammzug, Kämmlinge, Zugabrisse und Abgänge sind stark gefragt. Für alle Qualitäten werden größere Mengen bewilligt. So notiert ein bekanntes Haus mit Niederlassungen in Deutschland, England und Frankreich folgende Preise: für deutsch

E = englisch 44er Rammzug in Del ca. M.	105,—	pr. Kg. für deutsch
D 2 = „ 46er „ „ „ „	112,50	„ „ „
D 1 = „ 48er „ „ „ „	127,—	„ „ „
C 2 = „ 60er „ „ „ „	160,—	„ „ „
C 1 = „ 66er „ „ „ „	205,—	„ „ „
Großbrod W' 68er „ „ „ „	265,—	„ „ „

trodren gekämmt 7 Proz. Aufschlag, franco Hamburg, netto Kaffe, freibleibend, Umrechnungskurs M. 790,— für ein Pfund Sterling. Die übliche Feiertagskündigung, die sich sonst vor Jahreschluss bemerkbar machte, ist dieses Mal ganz ausgeblieben.

Schlechter Beschäftigungsgrad in der englischen Schwerwollwaren-Industrie. Die englische Schwerwollwaren-Industrie in Dewsbury und Umgegend ist schlecht beschäftigt. Die meisten Betriebe hatten schon 2 Tage vor Weihnachten geschlossen und feierten auch noch am Tage nach dem Fest, bzw. sogar bis Montag, den 2. Januar. Um den Arbeitern angehöhtes des Weihnachtsfestes zu größerem Verdienst zu verhelfen, ließen eine Reihe von Fabriken 14 Tage lang große Mengen von Musterstoffen herstellen. Die größten Beschäftigungsziffern werden aus Dewsbury, Mirfield und Osett gemeldet.

Dementierung einer australischen Regierungsmeldung über vermehrte Wollproduktion der laufenden Schurzeit. Das Nachrichtenbureau eines australischen Ministeriums in Melbourne gab die Meldung heraus, daß das bisherige Schurergebnis die Produktion der vorhergehenden Schurzeit um 770 000 Ballen übertrüfe. Diese aufsehenerregende Meldung wird nunmehr von maßgebenden Wollproduktionskreisen dementiert. Es handelt sich im ganzen um eine Steigerung von 170 000 Ballen. Die Meldung des australischen Ministeriums hatte nachargemäß in der Preiskalkulation vornehmlich bei ausländischen Interessenten Verwirrungen hervorgerufen. Die von dem betreffenden Nachrichtenbureau angegebene Zahl war aber um so unwahrscheinlicher, da die gesamte Jahresproduktion der australischen Wollschur kaum 2 Millionen Ballen übersteigt.

Aus der Strumpf-Industrie Nordamerikas. Die Strumpfbranche in den Vereinigten Staaten ist außerordentlich gut beschäftigt und die Unternehmer verdienen glänzend. In allen Betrieben wird voll gearbeitet und wie bei uns werden auch dort Weberstunden verlangt. Jedoch weigern sich die Arbeiter überall, solche zu leisten, da sie die Schädlichkeit der Arbeiterarbeit erkannt haben. Die Betriebe werden in vielen Orten ständig vergrößert und deutsche Jacquard-Maschinen werden aufgestellt. — Die Strumpfwirker haben seit dem Jahre 1921 fast ständig im Kampf mit dem Unternehmertum gelegen und tapfer gekämpft. In Fort Wayne streikten die Strumpfwirker schon seit dem Dezember 1920. Zur Unterstützung dieser Streikenden haben etwa 1000 Strumpfwirker in 9 Monaten über 1/4 Millionen Dollar Extrabeitrag aufgebracht. (Wenig das Markt Find, ist leicht auszurechnen, was auch in Amerika etwa noch nie dagewesenes ist und einen Schlag zuläßt auf das Solidaritätsgefühl der amerikanischen Strumpfwirkerarbeit.) Selbst die kapitalistischen Zeitungen bewundern diese Solidaritätsbezeugung. Der Streik richtete sich gegen Lohnabbau. Die Unternehmer wollten 15-20 Prozent in Abzug bringen, aber überall ist dieser Versuch abgewiesen worden. Der Sieg war auf der ganzen Linie ein vollständiger, bis auf die Betriebe in Fort Wayne und die Firma Julius Kasper in Brocklin, wo jetzt noch gestreikt wird. Die Sache der Streikenden wurde kräftig unterstützt durch die große Nachfrage nach Arbeitern. Wenn die beiden noch vom Streik betroffenen Firmen gezwungenermaßen ihre Betriebe öffnen werden, was jeden Tag erwartet wird, werden sie keinen Arbeiter mehr haben. — Dieser Bericht, den wir den Mitteilungen unseres amerikanischen Berichterstatters entnehmen, zeigt, daß das Unternehmertum überall die gleiche und die Arbeitererschaft überall gezwungen ist, kämpfend seine Existenz zu verteidigen.

### Soziale Rundschau.

#### Erwerbslosigkeit in Deutschland zu Ende November 1921.

Der Monat November 1921 hat noch eine weitere, wenn auch geringfügige Verringerung der Erwerbslosigkeit gebracht. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen (nicht gleichbedeutend mit der größeren Zahl der Erwerbslosen überhaupt) ist von rund 150 000 auf 147 806 gesunken. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (Familienangehörigen der Vollerwerbslosen) weist allerdings bereits eine Steigerung, und zwar von 165 000 auf rund 170 000 auf. Im Reichsdurchschnitt kamen auf 1000 Einwohner 5,3 Vollerwerbslose und Zuschlagsempfänger (zusammen!) gegen 5,2 zu Ende Oktober 1921. Der Tiefpunkt der Erwerbslosigkeit ist überschritten, und die ersten Dezemberwochen weisen auch bereits eine leichte Steigerung in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen auf. Der Grund dieser Entwicklung liegt in den Witterungsverhältnissen, die fast überall zur Einschränkung der Außenarbeiten gezwungen haben, ferner in dem Mangel an Kohlen und an in- und ausländischen Rohstoffen, der in vielen Gegenden zu verzeichnen ist, sowie in dem Nachlassen des inländischen Absatzes.

#### Zur Angestelltenversicherung.

Aus dem Reichsarbeitsministerium schreibt man uns: Das Gesetz vom 13. Dezember 1921 zur Ergänzung des Gesetzes über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 23. Juli 1921 ist jetzt im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Es enthält Vorschriften über Befreiungen von der eigenen Beitragsleistung auf Grund von Lebensversicherungsverträgen für Neuversicherte und Wiederversicherte. Dies hängt zusammen mit der Heraushebung der Versicherungsgrenze auf 30 000 M., die durch das Gesetz vom 23. Juli 1921 vorgenommen worden war. In gewissem Umfang ist auch die Nachprüfung älterer Befreiungen auf Grund von Lebensversicherungen neu eingeführt worden. Gleichzeitig finden sich in dem Gesetz einzelne Übergangsvorschriften für Wiederversicherte hinsichtlich der Zeit zwischen ihrem früheren Ausscheiden aus der Versicherungspflicht und ihrem Neutritt infolge der Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze. Für die Empfänger von Ruhegeld und Renten der Angestelltenversicherung ist schließlich noch eine weitere Vorschrift des Gesetzes bemerkenswert, in der die Voraussetzungen für das Ruhen von Ruhegeld und Hinterbliebenenrenten nach den §§ 73, 74 des Versicherungsgesetzes für Angestellte durch eine Anpassung an die Geldbewertung wesentlich gemildert werden.

#### Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in England

beschäftigte eine Konferenz, an der Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei mit dem Ministerpräsidenten und der Regierungskommission für Arbeitslosigkeit über geeignete Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit berieten. Mehr als 1 1/2 Millionen Arbeiter sind nach den amtlichen Feststellungen Mitte Oktober arbeitslos oder in verkürzter Arbeitszeit beschäftigt gewesen. Sir John Lubbock empfahl als geeignetes Mittel gegen die Arbeitslosigkeit die Rückkehr zu normaler Produktion. Henderson forderte die Vergabe öffentlicher Arbeiten. Wenige Tage nach dieser Besprechung wurden dem Parlament die Vorschläge der Regierung zur Verminderung der Arbeitslosigkeit unterbreitet: Zur Erleichterung der Auswanderung aus dem Heeresdienste Entlassener in die Kolonien sollen 300 000 Pfund Sterling bereitgestellt werden. Die übrigen geplanten Maßnahmen sind vorwiegend wirtschaftspolitischer Art, darauf gerichtet, die Produktion und Abfahrtsfähigkeit der englischen Industrie zu steigern. Die Regierung will dem Exporteur gegenüber die Haftung für 85 Prozent des Wertes der ausgeführten Ware übernehmen mit dem Recht der Schadenersatzforderung gegen den Exporteur bis zur Hälfte dieser Summe, falls der Käufer keine Zahlung leistet. Es ist beabsichtigt, die Haftung auf den vollen Wert der exportierten Ware auszuweiten und die Ertragspflicht des Exporteurs auf 67 1/2 Prozent zu erhöhen; in beiden Fällen trägt die Regierung ein Risiko von 42 1/2 Prozent des Ausfuhrwertes. Bei der Kreditgewährung durch „Exporters' Credit Department“ soll in Zukunft an Stelle der Genehmigung jeder einzelnen Maßnahme eine größere Beweglichkeit dadurch erzielt werden, daß für jede Firma unter Hinzuziehung einer Sachverständigenkommission ein Maximum festgelegt wird. Dieses Verfahren soll auf alle Länder, Großbritanniens eingeschlossen, Anwendung finden, nicht nur auf die Länder, deren Kredit durch den Krieg eine starke Einbuße erlitten hat. Die für diese Garantien bereitgestellte Summe soll 25 Mill. Pfund nicht überschreiten. Für die Schaffung von Arbeitsgelegenheit (Aufstellung, Melioration, Wegebau) sollen 10 Mill. Pfund zur Verfügung gestellt werden. Für die Familienangehörigen der unterstützten Erwerbslosen soll eine Hilfskasse eingerichtet werden, aus der wöchentlich 5 d für die Frau und 1 d für jedes Kind des Unterstützungsempfängers gezahlt werden sollen; der Gesamtbeitrag dieser Familienunterstützung soll im Einzelfall nicht mehr als 9 d betragen. Die Kosten dieser Unterstützung sollen durch Beiträge der Unternehmer (2 p), Arbeitnehmer (2 p) und des Staates (3 p) für Männer bzw. 1 p, 1 p und 2 p für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren aufgebracht werden.

### Wirtschaftliches.

**Steigerung der Kartoffelpreise.** Gegen die Steigerung der Kartoffelpreise auf 42 Mark für den Zentner durch die Erzeuger sah sich die Staatsverwaltung in Pommern gezwungen einzugreifen. Dem Vorgehen der Staatsverwaltung hatten sich die landwirtschaftlichen Organisationen entgegengestellt. Auf Veranlassung des preussischen Staatskommissars für Volksernährung wurden in den Provinzen und auch in Pommern Ausschüsse zur Ermittlung der Kartoffelpreise ins Leben gerufen. Für Pommern ist ein solcher gebildet worden, in dem sich Vertreter der Landwirtschaftskammern, des Landbundes, der Genossenschaften und des Kartoffelgroßhandels befinden.

In seiner Sitzung am 9. Dezember hat dieser Ausschuss für gesunde und sortierte Speisefertigwaren den Erzeugerhöchstpreis frei Wagon auf 80 Mark der Zentner vereinbart. Für „Industrie“, „Böhms Erfolg“, „Blau Odenwälder“ und andere ausgeprochen gelblichgelbe Sorten bis 10 Mark höher.

Die Steigerung beträgt, an dem Friedenspreise gemessen, das Hundertfache oder 10 000 v. H. Der Ausschuss hat es unterlassen, in seiner Veröffentlichung für die geradezu unglaubliche Preiserhöhung irgendeine Begründung der Öffentlichkeit zu geben. Nach der Festsetzung der Erzeugerpreise in dieser Höhe ist zu erwarten, daß eine noch weitere Steigerung der Kartoffelpreise in naher Aussicht steht.

### Berichte aus Fachkreisen.

**Breslau.** Ihr 25jähriges Jubiläum in dem Geschäft der Firma Rainmann u. Horwich, Breslau, Albrechtstr. 37, feierte am 2. Januar 1922 die Aufsichtsratsfrau Anna Pause. Dasselbe trifft auf die Weberin Frau Neugebauer am 28. Dezember 1921, beschäftigt bei der Firma Schürz in Briesg. zu. Wir hoffen, daß sich die Firmen dieser beiden Jubilare erinnern und wünschen denselben seitens des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes noch recht lange Tätigkeit bei ihren Firmen, unter Zufriedenstellung ihrer Lebenseristenz.

**Zwickau.** Oswald Müller. Nach langem schweren Leiden ist der Bureauhilfsarbeiter Kollege Oswald Müller im hiesigen Krankenhaus verstorben. Er hinterläßt im Alter von 51 Jahren eine Frau mit noch zwei unmündigen Kindern. Kollege Müller war fast 2 Jahrzehnte Mitglied unseres Verbandes und hat als Spitzenweber von Beruf stets wirkungsvoll für unseren Verband gearbeitet. In der Filiale Grimma war er längere

Zeit Filialkassierer und hat seine Vertrauensämter sehr gewissenhaft aus ehrlicher Ueberzeugung ausgeübt. Die Zwickauer Mitgliedschaft wählte ihn am 1. August 1919 zum Angehörtesten des Verbandes. Sein Begräbnis am 16. Dezember war ein ehrenvolles. Nach dem ergreifenden Liede „Ein Sohn des Volkes“, gesungen vom Pöblicher Arbeitergesangsverein „Freie Sängere“, widmete Kollege Raupe dem verstorbenen Freunde und Mitarbeiter herzliche Worte des Dankes und der Trauer. Im Namen der Gauleitung und der Zentrale der organisierten Textilarbeiterschaft überbrachte Kollege Max Winkler-Dresden die letzten Grüße. Aufzählung sei der 41jährige Kämpfer für unsere große Sache aus unseren Reihen gerissen worden. — Im Krematorium sprach noch der Vorsitzende Gen. Paul Lautenschläger vom Arbeitergesangsverein für den verstorbenen Sangesbruder herzliche Worte. Mit dem wunderbaren Liede „Lord Foreleson“ fand das Begräbnis sein Ende. — Von den früheren Betrieben nahmen Vertreter der Betriebsräte und der Kollegenschaft an dem Begräbnis teil. Die Schwedewitzer Kammergarnspinner hatten einen schönen Kranz gestiftet. — Ehre seinem Andenken!

### Literatur.

**Eugen Prager. Die Geschichte der U. S. P. D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.** Berlin, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin C. 2. Zum ersten Male wird den deutschen Arbeitern eine zusammenfassende Darstellung der Kämpfe gegeben, die während des Krieges in der deutschen Arbeiterbewegung auftraten und zur Bildung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands führten. Der Verfasser schildert zuerst die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Deutschen Reiches vor dem Kriege und legt dar, wie das Wesen der alten Sozialdemokratischen Partei aus den damaligen Verhältnissen heraus beurteilt werden muß. Er geht dann zu einer knappen Schilderung des Kriegsausbruchs und seiner Ursachen über und berichtet über die ersten Kämpfe in der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und das Entstehen der Opposition im Reich. Es folgt eine Schilderung der vielfachen Versuche der Opposition, die Partei auch in ihrer Stellung zum Kriege zu jenen Grundfragen zurückzuführen, die ihre frühere Stärke ausgemacht haben. An einwandfreien Zeugnissen aus jener Zeit erfahren wir, daß es nicht die Opposition war, die zur Spaltung drängte und die Zerklüftung der deutschen Arbeiterbewegung hervorrief, sondern, daß die Einheitslosigkeit der Mehrheit der damaligen Parteiführerschaft es verhinderte, daß durch eine Klärung der Auffassungen der Zusammenhalt der Partei gerettet wurde. Nach einem letzten Versuch, auf der Reichstagskonferenz ausgangs 1916 die Einheit zu erhalten, kam das Hinausdrängen der Opposition aus den Reihen der Partei. Das warg alle die Parteigenossen, die auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus standen und die Notwendigkeit des Klassenkampfes auch während des Krieges nicht verleugnen wollten, sich eine neue Organisation zu schaffen: die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Der Zusammenbruch im November 1918 hat die Richtigkeit der von der U. S. P. D. vertretenen Auffassung im vollen Umfange bestätigt. Wir können das Werk allen unseren Kollegen und Funktionären nur dringend empfehlen. Es sollte in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

**Das Gölitzer Programm. Erläutert von Friedrich Stampfer.** 1922. J. H. W. Diez Nachf. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin S.W. 68. Preis 3.— Mark.

Friedrich Stampfer, der tätigen Anteil an dem theoretischen Aufbau des Gölitzer Programms nahm, hat dessen allgemeinen Teil lichtvoll in folgenden Abschnitten erörtert: Das Werden des Gölitzer Programms. — Was ist die Sozialdemokratische Partei? — Die Erkenntnisse der Sozialdemokratie: 1. Kapitalismus und Klassenkampf; 2. Hochkapitalismus nach dem Kriege; 3. Kapitalismus und Kriegsgefahren; 4. Demokratie und Arbeiterbewegung. — Die Aufgabe der Sozialdemokratie. — Schutz der Republik. — Der Weg zum Sozialismus.

**Martha Steinig. Die englischen Kriegsdienstverweigerer.** Verlag Neues Vaterland, E. Berger & Co., Berlin W. 62. Preis 4 M. Quäler und Kriegsdienstverweigerer — wer kannte sie im wilhelminischen Deutschland! Und auch heute noch, obwohl ihr Verhalten im Kriege fundamentale Bedeutung für die Beziehung des Menschen zum Kriege gewonnen hat, wissen nur wenige von ihnen. Dem zu begegnen, wurde diese kleine Schrift verfaßt. Sie sagt in knappen Worten alles Wesentliche über diese großen Menschenfreunde und läßt in der Hauptsache ihre Taten selbst sprechen, so erschlüssend und ergreifend, daß Zusätze nur abschwächen können. Niemand, der tieferen geistig-seelischen Strömungen im heutigen Gemeinschaftsleben kennen lernen und der Zukunftsgestaltung dienen will, sollte an diesem getreuen Konterfei einer kleinen Heldengemeinde vorübergehen.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 13. Heft vom ersten Band des 40. Jahrgangs erschienen. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 19.50 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1.50 Mark. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Neujahrsnummer des Wahren Jacob ist soeben erschienen. Der Preis der Nummer ist 1.30 Mark. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

**Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Jahrbuch 1922.** Herausgegeben durch ein Kollegium von Arbeitern, Angestellten, Praktikern, Wissenschaftlern aller Gewerkschaften und Parteien. Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfisterstraße 5. 256 Seiten. Taschenformat. Gebunden, Preis 15.— Mark.

**Leitfaden zum Studium der Wirtschaftsgeschichte.** Von L. Senfer. Diese Broschüre ist ein Wegweiser durch das vielverzweigte Gebiet der Wirtschaftsgeschichte, besonders für Arbeiter und solche Leute, denen wenig freie Zeit zur Verfügung steht und nur Volksschulbildung erhalten haben. Verlag Schöde u. Co., Stuttgart. Preis pro Exemplar 3.— Mark. Bei Bestellung von weniger wie 10 Stück ist die Voreinsendung des Betrages an oben genannten Verlag erforderlich.

## Deutscher Textilarbeiter-Verband

### Filiale Leipzig

Fernsprecher: Zentrale Volkshaus, Zeiger Straße 32 II  
Büreauzeit: Montag bis Freitag 9—12 Uhr vorm., 4—6 Uhr nachm., und Sonnabends 9—12 Uhr.

Mittwoch, den 25. Januar 1922, abends 7 Uhr, im großen Saale des Volkshauses

## General-Versammlung

### Tagesordnung:

1. Tätigkeitsbericht der Geschäftsführer
  - a) Geschäftsbericht, b) Kassenbericht, c) Bericht der Revisoren;
2. Neuwahl des Vorstandes, der Kartelldelegierten und Revisoren;
3. Beschlußfassung über die neuen Beitragsätze;
4. Gewerkschaftliches.

Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist erwünscht. Mitgliedsbuch, Volkshausquittung und Vertrauenskarte sind zur Kontrolle mitzubringen und am Eingange vorzulegen.

### Die Ortsverwaltung.

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dreßel in Berlin, für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Berliner Drucker G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8/9

## Bekanntmachungen.

### Vorstand.

Sonntag, den 15. Januar, ist der 2. Wochenbeitrag fällig.

### Geschäftsführer, Hilfsarbeiter u. Gausekretär gesucht!

Für die neu zu errichtenden Filialen A. i. B., K. o. h. w. e. i. n. S. a. und für die Filialen K. i. n. u. n. d. V. a. n. g. e. n. j. a. z. a. in Thür. unseres Verbandes wird je ein Geschäftsführer, für den Gau Hannover ein Sekretär gesucht (für den in das Landesarbeitsamt eintretenden Kollegen Schäfer).

Mit dem Verbandesleben vertraute und für einen der Posten befähigte Kollegen und Kolleginnen (für den Gausekretärposten können sich auch Geschäftsführer u. o. u. n. s. e. r. e. s. V. e. r. b. a. n. d. e. s. o. h. n. e. b. e. s. o. n. d. e. r. e. E. i. n. w. i. l. l. i. g. u. n. g. d. e. s. H. a. u. p. t. v. o. r. s. t. a. n. d. e. s. m. e. l. d. e. n.) wollen sich mit einem selbstverfaßten und (handgeschrieben) selbstgeschriebenen Antrag über die Aufgaben eines Sekretärs, Geschäftsführers bzw. Hilfsarbeiters und mit schriftlichen, mit dem Kennwort „Werbung“ versehenen Bewerbungen bis zum 22. Januar d. J. für den Sekretärposten, bis zum 29. Januar d. J. für die anderen Posten wenden an den Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Berlin D. 27, Magazinstr. 6/7.

Bedingung ist: Mindestens dreijährige Mitgliedschaft und während dieser volle Beitragsleistung, Angabe der Beitragsklasse sowie des parteipolitischen Organisationsstandes.

Zeugnisse u. dergl. wollen man uns in Abschrift beifügen. Gehalt nach den Beschlüssen des Beirats vom 12., 13., 14. Dezember 1921.

Das erste Amtsjahr ist Probejahr, währenddessen beiderseitig vierwöchige Kündigung zulässig ist. (Wegen der geringen Zahl der eingegangenen Bewerbungen wiederholt.)

### Der Vorstand.

**Achtung!** Am 10. Januar d. J. sind die grauen und gelben Karten nebst Zirkular zur Arbeitslosen- und Karzarbeiterzahlung für das Jahr 1922 zum Versand gekommen. Es wird gebeten, dieselbe nebst Zirkular sofortig aufzubewahren. Diejenigen Filialen, welche keine Karten erhalten haben, ersuchen wir, uns davon Mitteilung zu machen.

### Der Vorstand.

### Adressenänderungen.

**Gau Augsburg.** Passau, V. u. K. Luipold Schreiner, Klosterstraße 5. — Schwarzenbach a. S. K. G. Glaser, Baugenossenschaft 466.

**Gau Barmen.** Alf a. M. V. Johann Kort, Dorf. K. H. Hähnel, Seilwarenfabrik.

**Gau Berlin.** Neuruppin. Der Kassierer ist zu streichen. Alle Sendungen an den Vorsitzenden E. Urban, Schulzenstr. 4.

**Gau Dresden.** Leipzig. Das Bureau befindet sich ab 23. Januar Zeiger Str. 32, II. Tel. „Zentrale Volkshaus“.

**Stollberg i. Erzgeb. (Neu.)** V. u. K. und Geschäftsführer Heinrich Hley, Restaurant „Schiefermühle“. — Thalheim i. Erzgeb. Der Vorsitzende ist zu streichen.

**Gau Hannover.** Bodenem. K. W. Feuerhahn, Lappenberg 220.

**Gau Stuttgart.** Laß ist eingegangen.

### Zusammenkünfte

**Mitglieder-Versammlungen.** Schlotheim. Dienstag, 10. Jan., im Raisteller.

**Offenburg (Baden).** Sonntag, 22. Januar, nachm. 2 Uhr, im „Brinzen“ (Großer Saal): Generalarversammlung.

### Totenliste.

**Apolda.** Lina Reißschneider, Näherin, an Magenleiden.  
**Aue.** Fanny Böhm, Schneeburg, 57 Jahre, Herzkrankheit.  
**Augsburg u. Umg.** Marie Aimer, Arbeiterin, 34 Jahre, Lungenleiden.  
**Berlin.** Alara Steinberg, Weberin, 38 Jahre, Lungenleiden.  
Otto Hempel, Arbeiter, 66 Jahre, Lungenleiden. Karl

Reichmann, Weber, 67 Jahre, Herzschwäche.  
**Bietigheim (Wittlingen).** Luise Ott, 15 Jahre, Gehirnentzündung.

**Borghorst.** Bernhard Lindemann, Spinnereiarbeiter, 26 Jahre, Lungenleiden.  
**Breslau-Königsb.** Alois Sejmada, Köfstarbeiter, 26 Jahre, Lungenentzündung.

**Bretinig.** Lina Kleinsteil, Treiberin, 48 Jahre, Herzschlag.  
**Burkhardtswald i. Erzgeb.** Ella Mauersberger, Aufstoßerin, 28 Jahre, Herzschlag.

**Chemnitz.** Josef Horenz, Spinner, 63 Jahre, Krebs. Olga Jentler, Arbeiterin, 31 Jahre, Entbindungsjolge. Friedrich Wartig, Arbeiter, 63 Jahre, Lungenentzündung. Minna Reuther, Nachseherin, 40 Jahre, Herzleiden.

**Crimmitschau.** Arno Thümmler, Hilfsarbeiter, 24 Jahre. Franz Hupfer, Auspuher, 54 Jahre. Gertrud Selle, Auslegerin, 30 Jahre. Henriette Welle, Auslegerin, 63 Jahre.

**Edingen.** Franz Falger, 67 J., Nierenleiden. Walpurga Endler, 36 Jahre, Grippe.  
**Franenberg i. Sa.** Dora Eckhardt, Weberin, 20 Jahre, Gehirnschlag. Louis Wagner, Porzetteur, 74 Jahre.

**Gebhardsdorf.** Ernst Weiße, Weber, 63 Jahre, Gehirnschlag.  
**Glauchau.** Emma Köster, Köchen, 44 Jahre. Wilhelm Bergmann, 56 Jahre, Blutvergiftung.

**Groden.** Helene Kaller, Fabrikarbeiterin, 36 Jahre.  
**Guben.** Luise Seiler, Krempelrin, Herzlähmung. Berla Sernau, Krempelrin, Lungenentzündung. Anna Heppner, 18 Jahre.

**Hamel.** August Wittkopp, Arbeiter, 44 Jahre, Unfallsfall.  
**Herzberg a. S.** Cäcilie Richards, 24 Jahre, Entbindungsjolge.

**Krefeld.** Karl Heyer, Weber, 58 Jahre. Heinrich Soentgens, Samtweber, 69 Jahre. Mathias Rosen, Färber, 74 Jahre. Frau Verlinde, Fabrikarbeiterin, 27 Jahre.

**Landeshut-Waldenburg.** Ida Brühner, Wollspinnerin, 24 J., Gehirngrippe.  
**Langenbielau.** Anna Blasche, Weberin, Lungenleiden. Rudolf Stolle, Weber, Lungen-, Rippen- u. Gehirnentzündung. Frieda Krien, Spinnereiarb., Lungenentzündung. Gottlob Lerner, Mangler, Lungen-, Rippenentzündung. August Faulhaber, Feder, Allersdorf, Magenleiden. Julius Thomas, Weber, Herzleiden. Johann Stehr, Weber, Lungenentzündung. Alwine Dwagner, Spinnereiarbeiterin, Grippe und Lungenentzündung.

**Leipzig.** August Gief, Arbeiterin, 67 Jahre, Schlaganfall. Anna Dämmerhirt, Arbeiterin, 19 Jahre, Vergiftung. Ella Winkler, Arbeiterin, 28 Jahre, Entbindungsjolge. Wilhelmine Zerfeld, Arb., 71 Jahre, Influenza.

**Lengenfeld i. V.** Anna Hartlich, 41 Jahre. August Kranz, 66 Jahre, Nierenleiden. Olga Schramm, 41 Jahre, Nierenleiden. Franz Ehold, 68 Jahre.

**Reichenbach i. B.** Anna Friedricher, 41 Jahre, Kindbettfebr. Minna Bauer, 37 Jahre, Operationsfolgen. Adele Ope, 50 Jahre, Herzlähmung.

**Wittgensdorf.** Emil Oskar Borsche, 25 Jahre, Schwindel.

**Zittau.** Franz Gärtner, Färbereiarbeiter, Gehirntumor. Paul Ulrich, Arbeiter, Herzschlag. Herta Benedikt, Arbeiterin, Schwindel. Emma Grobe, Schererin, Wasserlucht. Auguste Liebner, Treiberin, Grippe. Meta Klimpel, Weberin, Lungenentzündung. Alwin Schmidt, Arbeiterin, Lungenleiden.

**Abhanden gekommene Mitgliedsbücher und -karten.** Bodenem. Buch Nr. 1 245 24. für Gustav Laumann, geboren am 14. Nov. 1896 in Wollersheim, eingetretten am 17. Juni 1920 in Bodenem.

Für die dem Kollegen **Karl Reichmann** erwiesene letzte Ehreung sagen wir allen Beteiligten unsern innigsten Dank.

Die Hinterbliebenen.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 13. Januar

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter